

Im Brandfall bleibt den Räten nur der Sprung in die Limmat

Die EVP forderte mehr Sicherheit im Zürcher Rathaus. Doch die vorgeschlagene Massnahme geht selbst den Ratsmitgliedern zu weit.

Keine Aussentreppe, dafür die Limmat vor der Tür: Die Ratsmitglieder müssten im Brandfall den beherzten Sprung aus dem Fenster in den Fluss wagen. Bild: Keystone

Denkmalschutz hin oder her, es brauche endlich einen zweiten Fluchtweg, forderte Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). Der Ratssaal sei im Falle eines Brandes oder eines Anschlages eine Falle. Um die Sicherheit zu verbessern, forderte die EVP in einem Postulat den Bau einer Aussentreppe als Notausgang.

Tatsächlich sieht das Sicherheitskonzept immer noch vor, dass sich Ratsmitglieder, Zuschauer und Journalisten mit einem Sprung in die Limmat retten sollen, falls das Treppenhaus blockiert ist. Weil dieser Sprung aus dem zweiten Stock stattfinden würde, wäre er wohl nicht ganz ungefährlich. Die Alternative wäre, auf der Saalseite der bürgerlichen Parteien auf das Trottoir zu springen – auch dies dürfte gesundheitlichen Folgen nach sich ziehen.

Doch selbst der derzeitige Notausgang zum Treppenhaus bei der Tribüne sei ein Witz, sagte Hugentobler weiter. Ist er wegen eines Attentäters oder wegen eines Brandes blockiert, helfe er nichts. Hinzu komme, dass sich die grosse Eingangstüre nicht in Fluchtrichtung nach aussen öffnen lässt, sondern nur nach innen.

«Denkmalschutz wichtiger als Menschen»

«Beim Rathaus ist der Denkmalschutz wichtiger als der Schutz von 200 Menschen», so der EVP-Kantonsrat weiter. Eigentlich sei der Ratshausbetrieb illegal. Keiner anderen Institution würde der Kanton so etwas durchgehen lassen.

Mit ihrem Anliegen konnte sich die EVP jedoch nicht durchsetzen. Das Postulat wurde mit 95 zu 78 Stimmen nicht überwiesen, obwohl viele Ratsmitglieder inhaltlich gleicher Meinung waren. Es gebe natürlich Optimierungsbedarf, so etwa die GLP. Aber diese Überlegungen dürfe man nicht auf so dramatische Art anstellen.

Die BDP gab zu bedenken, dass in den vergangenen Jahren ja viel gemacht worden sei. Mittlerweile gebe es eine Brandmeldeanlage, Brandfalltüren, Feuerlöscher, eine Notbeleuchtungsanlage und ein Evakuierungskonzept. Eine Aussentreppe sei hier halt fast nicht machbar. «Wenn wir mehr wollen, müsste wahrscheinlich ein neues Rathaus gebaut werden», sagte Cornelia Keller (BDP, Gossau).

Rathaus wird ab 2023 saniert

Baudirektor Markus Kägi (SVP) gab zu bedenken, dass ein Fluchtweg über eine Aussentreppe bereits 2003 in zwei Arbeitsgruppen geprüft und verworfen worden sei. Er zeigte

aber Verständnis für die Bedenken und kündigte an, das Thema Sicherheit vertieft abzuklären.

Die Gelegenheit für ein neues Konzept bietet sich bald: Ab 2023 soll das Rathaus ohnehin saniert werden, während nebenan die Rathausbrücke (Gemüsebrücke) abgerissen und neu gebaut wird. Ob eine Aussentreppe wieder Thema wird, ist allerdings offen.

Hugentobler zeigte sich über das Ergebnis der Ratsdebatte verärgert. In diesem Ratssaal werde wenig visionär gedacht. Obwohl Zürich der bevölkerungsstärkste Kanton sei, herrsche kleinbürgerliches Denken. «Nicht möglich» habe man in Zug auch gesagt. «Nach dem Attentat ging es dann plötzlich.» (sda)

Erstellt: 03.09.2018, 14:38 Uhr